

## Bildungsausschuss

Übersicht über die Plenaraufträge

Beratungsgegenstand	Ausschuss	überwiesen am	eingebracht von	Bemerkungen
<b>eSport auch in Schleswig-Holstein fördern</b> Drucksache 19/896	IR, BIL	06.09.18	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	Schriftliche Stellungnahmen wurden eingeholt; Anhörung am 16. Januar 2019 durchgeführt
<b>Zeugnisse für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf</b> Drucksache 19/1207	BIL	13.02.19	Antrag der Fraktion von SPD und der Abgeordneten des SSW	Bis Ende März 2019 wurden schriftliche Stellungnahmen eingeholt; Beratung am 16. Januar 2020 vorgesehen
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein</b> Drucksache 19/1290	BIL	06.03.19	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD	Zum Gesetzentwurf und zum Koalitionsantrag Drucksache 19/1315 (Gesichtsschleier) wurden schriftliche Stellungnahmen eingeholt; mündliche Anhörung am 5. Dezember 2019 durchgeführt; Beratung Anfang 2020 vorgesehen
<b>Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerecht Programmausgestaltung</b> Drucksache 19/1434	BIL, EU	16.05.19	Antrag der Abgeordneten des SSW	Beratung zu gegebener Zeit
<b>Stärkung der politischen Bildung in der Schule</b> Drucksache 19/1739 (neu)	BIL	11.12.19	Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD	Beratung am 16. Januar 2020 vorgesehen

## Bildungsausschuss - Übersicht über die Plenaraufträge

Beratungsgegenstand	Ausschuss	überwiesen am	eingetragen von	Bemerkungen
<b>Erzieherische und sozialpädagogische Ausbildungen attraktiver gestalten und Ausbildungsvergütung einführen</b>  Drucksache 19/1856	<b>BIL</b>	12.12.19	Antrag der Fraktion der SPD	Beratung am 16. Januar 2020 vorgesehen
<b>Mindestlohn auch für Jugendliche</b>  Drucksache 19/1864	<b>WI, SOZ, BIL</b>	12.12.19	Antrag der Abgeordneten des SSW	Beratung am 16. Januar 2020 vorgesehen
<b>Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2018/19</b>  Drucksache 19/1727	<b>BIL</b>	12.12.19	Bericht der Landesregierung	zur abschließenden Beratung; Beratung am 16. Januar 2020 vorgesehen